

25. Juli 2012

Möglicher Verlust des deutschen Staates bei einem Staatskonkurs Griechenlands

Falls Griechenland zahlungsunfähig wird und aus dem Eurosystem ausscheidet, müsste die Bundesrepublik Deutschland mit einem Verlust von bis zu 82 Mrd. Euro rechnen. Falls Griechenland zahlungsunfähig wird und im Euroraum verbleibt, ist mit einem Verlust von bis zu 89 Mrd. Euro zu rechnen.

Berücksichtigt sind in diesen Summen die bereits ausgezahlten Beträge aus den beiden Rettungspaketen für Griechenland, die Käufe von griechischen Staatsanleihen durch die Zentralbanken der Euroländer, die Target-Verbindlichkeiten der griechischen Zentralbank (Stand Ende April 2012), die Verbindlichkeiten Griechenlands aus der überproportionalen Ausgabe von Banknoten und die Forderungen der griechischen Notenbank gegenüber dem griechischen Bankensystem. Nicht berücksichtigt sind die Abschreibungsverluste deutscher Privatgläubiger wie insbesondere der deutschen Banken und Versicherungen.

Internationale Hilfen für Griechenland – Haftung Deutschlands

Ausgezahlte Hilfen (Datenstand: 24. Juli 2012) in Mrd. Euro

		Insgesamt	Anteil DE
(1)	1. Hilfspaket Euroländer	52,9	15,2
(2)	1. Hilfspaket IWF	20,1	1,2
(3)	2. Hilfspaket EFSF	73,9	21,5
(4)	2. Hilfspaket IWF	1,6	0,1
(5)	Käufe griechischer Staatsanleihen	45	12,4
(6)	Target-Verbindlichkeiten (April 2012)	96,9	27,0
(7)	Verbindlichkeiten aus der überproportionalen Ausgabe von Banknoten (April 2012)	17,4	4,8
	Summe bei Konkurs und Austritt (Posten 1 bis 7)	307,8	82,2
(8)	Forderungen der griechischen Zentralbank gegenüber dem Bankensystem (Juni 2012)	137,5	38,3
	Summe bei Konkurs und Verbleib (Posten 1 bis 5 und 8)	331,0	88,7

Erläuterungen:

Zu (1) und (2): ursprüngliche Beträge 80 Mrd. Euro bzw. 30 Mrd. Euro, noch nicht ausgezahlte Restbeträge wurden in das 2. Hilfspaket übertragen.

Zu (5): Betrag geschätzt, ohne Käufe griechischer Staatsanleihen durch die griechische Zentralbank.

Anteil Deutschlands

von (1): vertraglich festgelegt,

von (2) und (4): wie Beitrag zur Kapitalausstattung des IWF (6,1%),

von (3): Anteil am EFSF-Schlüssel; bereinigt um die „Stepping out Guarantors“ Griechenland, Irland und Portugal (29,1%),

von (5), (6), (7) und (8): Anteil am EZB-Kapital ohne Griechenland (27,8%).

In der ersten Summe sind die Verluste für den Fall berechnet, dass Griechenland zahlungsunfähig wird und zugleich aus dem Euro austritt. In diesem Fall wird das Rechtsverhältnis der EZB zum griechischen Geschäftsbankensystem aufgelöst, doch die Target-Forderungen der EZB gegenüber Griechenland sowie die Forderungen gegen Griechenland aufgrund einer überproportionalen Ausgabe von Banknoten bleiben bestehen. Deutschland verliert nun nur seinen Anteil an diesen EZB-Forderungen.

Die zweite Summe bezieht sich auf den Fall, dass Griechenland zahlungsunfähig wird, doch im Euro verbleibt. Die Rechnung ist nun etwas anders, weil dann das EZB-System als Ganzes noch Forderungen gegen die griechischen Banken sowie auch noch ELA-Forderungen gegen den griechischen Staat hat, die sich mit den Target-Forderungen überlappen. Geht man davon aus, dass bei einem Staatsbankrott auch die Banken bankrott sind und die Sicherheiten, die sie ihrer Notenbank eingereicht haben, ohnehin überwiegend Staatspapiere oder staatlich besicherte Papiere sind, liegen die Verluste noch höher. Wenn keine Refinanzierungskredite zurückgezahlt werden, kommen noch einmal Verluste für jenen Teil der Refinanzierungskredite in Griechenland hinzu, der der Selbstversorgung des Landes mit Liquidität gedient hat. Statt des anteiligen Verlustes aus den Target-Krediten sind in diesem Fall für Deutschland anteilige Verluste in Höhe der gesamten Forderungen der griechischen Zentralbank gegenüber dem griechischen Bankensystem zu rechnen. Da letztere bei 137,5 Mrd. Euro liegen und der deutsche Anteil daran 27,8% beträgt, sind die 27 Mrd. Euro Target-Verlust und 4,8 Mrd. Euro Verlust aus der Banknotenausgabe in der obigen Rechnung durch 38,3 Mrd. Euro zu ersetzen, und es ergibt sich ein Gesamtverlust von 88,7 Mrd. Euro, wie es in der letzten Zeile ausgewiesen ist.

Quellen: BMF, IWF, EU-Kommission, EFSF, EZB, Bank of Greece, Berechnungen des ifo Instituts.